
DIE WIRTSCHAFTLICHEN KONSEQUENZEN DES EINIGUNGS-VERTRAGES

Die Bundesrepublik Deutschland zwischen „Versailler Vertrag“ und „Wirtschaftswunder“

ARNE HEISE

I.

Nach der Öffnung der Grenzen zwischen der DDR und der Bundesrepublik im Dezember 1989 machte sich allgemeine Euphorie in West- und Ostdeutschland gleichermaßen breit. In einer Studie beschrieb das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) die ökonomischen Wirkungen der deutschen Einigung als „Gewinn für uns alle“ (IW, 1990) und zeichnete ein Bild der ökonomischen Entwicklung Ostdeutschlands, welches an das bundesdeutsche „Wirtschaftswunder“ der 50er Jahre anknüpft – mit den entsprechend positiven Ausstrahlungen auch auf Westdeutschland. In ähnlich euphorischer Stimmung schrieb H. F. Wünsche (nomen est omen?): „Richtig gehandhabt kann Marktwirtschaft Vollbeschäftigung herbeiführen, gerade auch in der DDR... In der DDR sind keine Arbeitsbeschaffungsprogramme nötig. Die Arbeitsmöglichkeiten sind offenbar. Die DDR braucht lediglich eine effiziente Leitung der Arbeitswilligen und Leistungsbereiten in die dringendsten Aufgabenbereiche (1).“ Und nur unter diesen Prämissen sind wohl die Kanzlerworte zu

verstehen – wenn wir unterstellen wollen, daß er nicht aus wahltaktischen Gründen bewußt Unwahres von sich gegeben hat –, wonach es nach vollzogener wirtschaftlicher und staatlicher Vereinigung niemandem schlechter, aber vielen besser gehen werde und der „Aufbau Ost“ quasi aus der Portokasse zu finanzieren sei.

Nach reumütigen Bekenntnissen fehlerhafter Prognosen mußte nicht nur die Zweiteilung der Konjunktur – Westdeutschland im Boom, Ostdeutschland im Chaos (2) – zugestanden werden, sondern auch der Zeitraum des Aufholprozesses revidiert werden: Hatte man zunächst behauptet, in drei bis vier Jahren „blühende Landschaften“ in Ostdeutschland geschaffen zu haben (3), drängte später die Macht des Faktischen auf eine Neueinschätzung der Lage. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sprach sich erst kürzlich für einen realistischeren Zeitraum von mindestens einer Dekade aus (4). Es hatte eine simple Exponentialrechnung durchgeführt und war auf den offensichtlichen Fakt gestoßen, daß ein Aufholprozeß von drei bis vier Jahren eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Sozialproduktes von über 17 v. H. benötigen würde und damit etwa doppelt so hoch sein müßte wie die Wachstumsraten des bundesdeutschen „Wirtschaftswunders“.

Nachdem die private Investitionstätigkeit westdeutscher (und anderer westlicher) Unternehmen in Ostdeutschland weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist, der Strom an öffentlichen Finanztransfers vor diesem Hintergrund auch in absehbarer Zukunft kaum zu vermindern sein wird – allenfalls bleibt eine Verschiebung des Verhältnisses von konsumtiven zu investiven Transfers zu hoffen –, wird jetzt bereits etwas weiter in der deutschen Geschichte zurückgegangen, um Parallelen für die Entwicklungsbedingungen der vereinten Volkswirtschaft (5) zu beschreiben:

„Auch wenn die damit verbundenen gesellschaftlichen Turbulenzen (gemeint ist der Kampf um die Verteilung der Einigungslasten, d. Verf.) gerade noch beherrschbar und die politischen Verhältnisse gerade noch stabilisierbar bleiben, ist eine historische Parallele zwischen den Verträgen zur Deutschen Einigung und den Versailler Friedensverträgen durchaus angebracht. Sie ist zumindest passender als die vielbemühete historische Analogie zum westdeutschen Wirtschaftsaufschwung nach 1948 (6).“

Wiewohl derartige historische Analogien problematisch sein können, wenn man damit entweder zu große Erwartungen weckt oder allzuviel Verunsicherung schafft, sollte die Suche nach geschichtlichen Parallelen uns doch zumindest in die Lage versetzen, Fehler vermeiden zu helfen. Auch in diesem Falle gilt es, daß nur derjenige die Geschichte wiederholen muß, der sie vergessen hat.

II.

„Versailler Verträge“ und „Wirtschaftswunder“ sind Allegorien völlig unterschiedlicher Entwicklungsmuster. Steht das „Wirtschaftswunder“ für ungläublich hohe Wachstumsraten des Sozialproduktes, steigenden Wohlstand und entschärften Verteilungskampf (da der Kampf um große Zuwächse immer leichter auszufechten ist als die Verteilung von Verlusten), assoziiert man mit den „Versailler Verträgen“ die Aufbüdung untragbarer Lasten, die endgültig im wirtschaftlichen Zusammenbruch der Weimarer Republik münden mußte. Elmar Altvater (1991) und Heinz-Peter Spahn (1991) haben auf die schwerwiegenden Unterschiede in den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Nachkriegsdeutschland im Umfeld einer prosperierenden Weltwirtschaft und der gegenwärtigen Situation Ost-

deutschlands hingewiesen, das völlig unvorbereitet mit dramatisch „überhöhtem Wechselkurs“ (7) in den Einigungsprozeß geschickt wurde, was zur Folge haben mag, „daß anderes als in der Frühphase der alten BRD in der neuen BRD der Prozeß des Transformismus „exkludent“ werden könnte: Es geht nach der Einigung nicht in erster Linie um das Größenwachstum des Erhardschen „Wirtschaftswunderkuchens“, sondern um die „Positionierung“ von Einigungsgewinnern und Einigungsverlierern in beiden Teilen des nun vereinigten Deutschland.“ (8) Die Realität scheint die erhoffte Parallelentwicklung Ostdeutschlands mit der „Wirtschaftswunderrepublik“ Erhards zu widerlegen.

Ist deshalb der Vergleich zwischen „Versailler Verträgen“ und Einigungsvertrag zwingend eine Entwicklung, die im wirtschaftlichen Zusammenbruch mündet, wahrscheinlich? Auch hier muß man die geschichtlichen Rahmenbedingungen kennen, um ein Urteil bilden zu können, das über die rein demagogische Ebene hinausgeht. Im Versailler Friedensvertrag sind dem Deutschen Reich als Kriegsverlierer die Kosten der alliierten Kriegsführung – insbesondere auf Betreiben Frankreichs, das für den Raub des Staatsschatzes nach dem verlorenen Krieg 1870/71 nach Berlin Wiedergutmachung suchte – als Reparationslasten auferlegt worden (9). Danach mußte das Deutsche Reich nach einem festgelegten Fahrplan, der mit dem Dawes- (1924) und Youngplan (1929) mehrfach geändert wurde, seine Kriegsschulden abtragen, also immense Transferzahlungen an die Siegermächte leisten (10). Nach anfänglichen Aufbringungsproblemen – französische Truppen besetzten 1923 das Rheinland, nachdem Deutschland seine Reparationszahlungen eingestellt hatte – wurde die Reparationslast bis 1929 weitgehend friktionslos durch Verschuldung im Ausland finanziert (11). Mit dem Börsenkrach von 1929,

der nachfolgenden Kreditkontraktion, die sich ausgehend von den Vereinigten Staaten auch auf England und Frankreich ausdehnte, wurde nicht nur diese Form der Aufbringung unmöglich, sondern gleichzeitig eine zusätzliche Belastung geschaffen, denn die aufgelaufenen ausländischen Kredite wurden nun reihenweise gekündigt. Der Versuch des Reichskanzlers Brüning, die Aufbringung der Transferzahlungen über eine Deflationierung von Löhnen und Preisen durch die Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit deutscher Produkte auf den internationalen Märkten sicherzustellen (der Gold-Devisen-Standard ließ scheinbar nur diesen Mechanismus zu), scheiterte an der mangelnden Aufnahme- und -willigkeit der ausländischen Volkswirtschaften (12) und am dramatischen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft: Eine Deflationspolitik treibt noch jede Kreditwirtschaft in den Ruin und verstärkt eine bereits vorhandene Depression unweigerlich (13).

Wir sehen gleichwohl, daß das wirtschaftliche Chaos, in dem die Weimarer Republik versank, nicht ursächlich auf die immensen Transferleistungen und die damit verbundene Staatsverschuldung zurückzuführen ist, die die deutsche Volkswirtschaft überforderten (14), sondern auf die auch nach Deutschland schwappende Weltwirtschaftskrise, die allerdings zusätzlich durch Brünings Deflationspolitik verstärkt wurde. Diese grandiose Fehlleistung der verantwortlichen Wirtschaftspolitik hat zwar ihre Ursachen wiederum in den zu erbringenden Reparationsleistungen, ist aber nur vor dem Hintergrund eines festen Wechselkurssystem und dem Druck der Zahlungsbilanz verständlich. All diese Faktoren – denkbar ungünstige weltwirtschaftliche Lage, allgemeine Kreditkontraktion, Desintegration des Welthandels, Gold-Devisen-Standard und Transferabfluß ins Ausland – charakterisieren nicht die gegenwärtigen

Rahmenbedingungen der gesamtdeutschen Wirtschaftsentwicklung am Beginn der neunziger Jahre. Ein Rekurs auf die „Versailler Verträge“ kann deshalb nicht als realistisches Szenario des deutschen Einigungsprozesses aufrechterhalten werden.

III.

Wenn also weder die Euphorie des deutschen Wirtschaftswunders noch der Pessimismus der „Versailler Verträge“ der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung Deutschlands als Vorbild dienen kann, bleibt die Frage, ob es sich tatsächlich um eine bislang einmalige Situation der jüngeren Wirtschaftsgeschichte westlich-kapitalistischer Nationen handelt. Läßt man bei der Kontemplation dieser Fragestellung seinen Blick ein wenig schweifen, wird man unweigerlich auf die frühen siebziger Jahre stoßen, als nicht nur das US-amerikanische Militär, sondern auch die US-Ökonomie ihr „Vietnam“ erlebte.

Die USA gingen als politische, militärische und ökonomische Weltmacht aus dem 2. Weltkrieg hervor. Auf der Bretton-Woods-Konferenz (1944) wurde eine Weltwirtschaftsordnung vereinbart, die auf die Hegemonialstellung der USA zugeschnitten war (15): De jure blieb zwar das Gold die international akzeptierte Währungseinheit, faktisch aber waren die Wechselkurse aller nationalen Währungen (die erst 1958 frei konvertierbar wurden) an den US-Dollar gekoppelt – man sprach deshalb auch vom Gold-Dollar-Standard. Damit hatten die USA nicht nur die Leitwährungsfunktion von Großbritannien übernommen, sondern gleichsam den anderen Nationen die Anpassungslasten, die ein festes Wechselkurssystem mit sich bringen kann, aufgebürdet. Die USA mußten allerdings durch Kapitalexporte (z. B. im Rahmen des Marshallplanes) und US-

Dollar-Kredite (über den IWF) den Aufbauprozess der kriegszerstörten europäischen Ökonomien anleiten und die zwangsläufigen Zahlungsbilanzdefizite der Handelspartner alimentieren: Sie wurden somit zum weltgrößten Gläubiger, realisierten über zwei Jahrzehnte ständige Leistungsbilanzüberschüsse (16), und der US-Dollar erfüllte nicht nur seine Funktion als Leit- und Reservewährung, sondern denominierte den überwiegenden Teil der internationalen Handels- und Kreditverträge. Mit der expansiven Finanzpolitik der Johnson-Administration in den sechziger Jahren, vor allem aber den immensen Kosten, die der Vietnam-Krieg mit sich brachte, verstießen die USA dann gegen die Funktionsbedingungen eines Hegemonialsystems (17). Sie ließen eine Entknappung des zum Weltgeld avancierten Dollars zur Finanzierung der sich drastisch erhöhenden Budgetdefizite zu. Die Folge war nicht nur ein Anstieg der durchschnittlichen Inflationsrate von 2,1 v. H. in den Jahren 1960–1967 auf 6,5 v. H. zwischen 1968 und 1977, sondern erstmals 1971 auch eine Passivierung der Leistungsbilanz, die seit 1975 chronisch geworden ist und durch zunehmende Kapitalimporte ausgeglichen werden mußte. Der Weltgeldproduzent, der von der Logik her Gläubiger sein muß, wurde zum weltgrößten Schuldner – wohlgemerkt: in eigener Währung. Die „finanzielle Überdehnung“ der USA (18) führte schließlich 1973 zum Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und zur Herausbildung regionaler Währungs Kooperationen und Hegemonien (wie im Falle des EWS).

Folge dieser Entwicklung war nicht nur, daß die USA ihre Fähigkeit verloren, Handelsbilanzüberschüsse zu erwirtschaften (trotz ständiger Abwertung war der Dollar regelmäßig überbewertet), sondern daß eine vom Diktat der Zahlungsbilanz aufgezwungene Geldpolitik unter der Reagan-Administration zu einer tieferen Rezes-

sion als in anderen führenden westlichen Volkswirtschaften geführt hat – insbesondere im Vergleich mit jenen Nationen, die ihrerseits regionale Hegemonien zu installieren in der Lage waren: die Bundesrepublik und Japan. Letztendlich ist es den USA bis heute nicht gelungen, ihre Hegemonialstellung, eine Konsolidierung des Budgets und der Zahlungsbilanz wiederherzustellen. Die realwirtschaftlichen Auswirkungen zeigen sich eben in tieferen Rezessionen, höherer Arbeitslosigkeit und geringerem Wachstum als in den benannten Hegemonialmächten, wenn auch die grundlegenden Konjunkturmuster ähnlich sind (19).

IV.

Ähnlich der US-amerikanischen Entwicklung läuft die Bundesrepublik Gefahr, ihre Hegemonialstellung in Europa zu verlieren. Dies impliziert dann auch den Verlust der stabilitätsorientierten Unterbewertung der DM (20), die in den zurückliegenden Dekaden die Exportwirtschaft der Bundesrepublik begünstigte und den Wirtschaftsstandort Deutschland wider vieler Erwartungen (21) zu festigen half (22). Die ersten Handels- und Leistungsbilanzdefizite Westdeutschlands seit vielen Jahren und die Netto-Kapitalimporte deuten an, daß die Bundesrepublik auf dem Wege in den Zustand einer Schuldnation ist. Auch die trendmäßig ansteigende Inflationsrate ist nicht von ihrer absoluten Höhe her alarmierend, wohl aber mit Blick darauf, daß andere EWS-Teilnehmer (Frankreich, Niederlande) mittlerweile geringere Inflationsraten und mithin größere Sicherheit für Vermögensbesitzer zu bieten in der Lage sind. Ein eingespieltes Hegemonialsystem verhindert im Gegensatz zu einem Multiwährungssystem zwar die sofortige Neuwahl des allgemein akzeptierten Geldgutes, fortdauernder Verstoß gegen die Anforderungen an

den gewählten „Vermögenssicherungs- und Schuldendeckungsstandard“ führt aber unweigerlich zur Revision der Entscheidung der Vermögensbesitzer. Dieser Entwicklung muß sich die Bundesbank widersetzen, soll die deutsche Vereinigung nicht zum „Vietnam“ der Bundesrepublik werden.

Wenn allerdings die notwendigen finanziellen Lasten nicht „gerecht“ (was immer das heißen mag) auf alle gesellschaftlichen Gruppierungen verteilt und somit ein langbewährter sozialer Konsens zerstört wird, in dessen Folge es zu inflationstreibenden Verteilungskämpfen kommen muß, bleibt die Wahl zwischen zwei Übeln:

- Eine auf Sicherung der DM-Hegemonie ausgerichtete Bundesbankpolitik treibt die bundesdeutsche Wirtschaft in eine Stabilisierungskrise, mit dramatischen Konsequenzen für den wirtschaftlichen Aufbau in Ostdeutschland und einer Rezession in Westdeutschland, die gleichzeitig eine Entlastung der öffentlichen Haushalte gar nicht denkbar erscheinen läßt;

- eine auf interne Stabilisierung setzende, den Verteilungskampf akkomodierende Bundesbankpolitik würde die Erosion der DM-Hegemonie vorantreiben, die Umwandlung des Europäischen Währungssystems in eine Europäische Währungsunion und langfristig das exportgeleitete Wachstum der bundesdeutschen Wirtschaft behindern.

Beide Szenarien sind absolut unerwünscht, könnten aber nur verhindert werden, wenn eine kooperative Strategie aller gesellschaftlicher Kräfte bevorzugt wird:

- Nach einem Kassensturz und einer längst überfälligen, realistischen mittelfristigen Haushaltsplanung zeigt die Bundesregierung auf, wie sie die finanziellen Lasten zu tragen gedenkt. Eine reine, niemandem direkt wehtuende Kreditfinanzierung scheint dabei nicht der richtige Weg zu sein.

- Die westdeutschen Unternehmen, die in den letzten Jahren überdurch-

schnittlich gut verdient haben, müssen ihre Investitionstätigkeit in Ostdeutschland entscheidend verstärken bzw. gleichermaßen einen Beitrag zur Finanzierung der ökonomischen Transformation Ostdeutschlands leisten. Eine zeitlich begrenzte Investitionshilfeabgabe ist ebenso denkbar wie der Verzicht auf Unternehmenssteuerentlastung zum gegenwärtigen Zeitpunkt und eine Ergänzungsabgabe auf die Körperschaftssteuerschuld.

- Die westdeutschen Arbeitnehmer akzeptieren eine temporäre, sozial ausgewogene Belastung ihrer verfügbaren Einkommen, wenn dies der ökonomischen Entwicklung beider Teile Deutschlands zugute kommt. Vorschläge reichen von der Einführung einer Arbeitsmarktabgabe für Selbständige, Beamte und Besserverdienende bis zur Ergänzungsabgabe mit Freibetragsgrenzen (23).

- Die Bundesbank nutzt jeden sich bietenden Spielraum, um das Investitionsklima zu verbessern und die Haushaltsbelastung zu reduzieren, gleichzeitig auch in Europa den Spielraum für größeres Wirtschaftswachstum zu schaffen, der der Exportwirtschaft der Bundesrepublik zugute kommen würde.

Damit sich niemand im Geflecht der kooperativen Strategie verfangen kann und als „Verlierer“ zu fühlen braucht – allein die Gefahr einer solchen „moral-hazard-Option“ würde eine Konfliktstrategie als einzige Handlungsvariante denkbar erscheinen lassen (24) –, müssen die gesellschaftlichen Gruppen im Rahmen einer „konzertierten Aktion“, wie sie das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz vorsieht (StabG, § 3), eine konsensuale Vorgehensweise diskutieren. Die Einsicht, daß die gegenwärtige Situation nicht der richtige Zeitpunkt für das Durchsetzen partikularer Interessen oder gar für das Aufweichen mühsam errungener Positionen sein darf, sollte bei allen Verantwortlichen schließlich obsiegen.

Anmerkungen

- (1) Wünsche (1990) 27.
- (2) Vgl. Memorandum (1991).
- (3) Unter dieses Motto stellte beispielsweise der frühere Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Gerd Gies, seine Regierungserklärung.
- (4) Vgl. DIW (1992).
- (5) Zunehmend werden auch die Rückkopplungen auf die westdeutsche Wirtschaft thematisiert, nachdem der Vereinigungsboom erst einmal verfliegen ist.
- (6) Wehner (1991) 55; ähnlich äußert sich Bischoff (1992) 9.
- (7) Ökonomisch irrational, sozial aber unvermeidlich sind die laufenden Lohnverträge im Zuge der Währungsunion im Verhältnis 1 : 1, alle anderen Wirtschaftsverträge im Verhältnis 1 : 1 bis 1 : 2 umgestellt worden.
- (8) Altvater (1991) 703.
- (9) Daneben mußte das Deutsche Reich Gebietsverluste und das Verbot bzw. die Einschränkung bestimmter Produktionen hinnehmen. Vgl. Keynes (1920).
- (10) Anfänglich wurden jährlich 5 Milliarden Goldmark, später 2,5 Milliarden Goldmark jährlich vereinbart.
- (11) Vgl. Bechtel (1963) 399ff.
- (12) Vgl. dazu die flammenden Phillipika von John Maynard Keynes (1920; 1922). Hiermit wird die andere Seite des Transferproblems deutlich: Neben dem Aufbringungs- gibt es ein Absorptionsproblem. Eine weitere Auseinandersetzung mit diesem Themenkomplex, der in den 20er Jahren für einen regen wissenschaftlichen Diskurs gesorgt hat, kann hier unterbleiben, da, wie wir weiter unten noch sehen werden, weder das Aufbringungs- noch das Absorptionsproblem der Reparationslasten ursächlich für den wirtschaftlichen Niedergang des Deutschen Reiches eingangs der 30er Jahre unseres Jahrhunderts war.
- (13) Vgl. Fisher (1933) und Wojnilower (1980).
- (14) Nahezu eine Dekade lang erlebte das Deutsche Reich, trotz Reparationslasten, einen wirtschaftlichen Aufschwung, der „sogar die stürmische Entwicklung der Gründerzeit nach 1871 noch übertroffen hat.“ (Stolper 1950: 478)
- (15) Der nach dem amerikanischen Verhandlungsführer White benannte Plan setzte sich gegen die britischen Vorstellungen des John Maynard Keynes durch, weil Keynes auch den weltwirtschaftlichen Gläubiger – über die erste Nachkriegszeit hinweg die USA – durch Strafzinsen auf Zahlungsbilanzüberschüsse zu Anpassungsmaßnahmen zwingen wollte.
- (16) Vgl. Kauffmann, Scheide (1989) 18.
- (17) Vgl. Herr (1989) 134ff.
- (18) Wenn auch eine genauere Spezifizierung der Verwendung der Staatschuld für investive oder konsumtive Zwecke deshalb interessant sein kann, weil eine investive Verwendung (z. B. Infrastruktur) die Voraussetzungen für zukünftiges Wachstum verbessern kann, so bedarf es dieser Untersuchung an dieser Stelle nicht, weil nicht die binnen-, sondern die außenwirtschaftlichen Konsequenzen der inflationären Geld- und Finanzpolitik der USA beleuchtet werden sollen: der Verlust der internationalen monetären Hegemonie.
- (19) Der Versuch von R. Z. Lawrence, diese realwirtschaftlichen Auswirkungen mit dem Hinweis auf die Wachstumsrate des Sozialproduktes zu verneinen, kann wohl nur als „Appeasement“ der gebeutelten amerikanischen Seele verstanden werden. Es ist jedenfalls methodisch zweifelhaft, die absoluten Wachstumsraten statt der Pro-Kopf-Raten miteinander zu vergleichen; vgl. Lawrence (1984).
- (20) Vgl. Herr (1989) 132.
- (21) Z. B. SPIEGEL (1988, 1992).
- (22) Die Vernachlässigung hierarchischer Währungsstrukturen endet mit Ratlosigkeit: „Es klingt paradox: Wundern muß man sich vielmehr darüber, wieso die deutsche Wirtschaft trotz der starken Kostenbelastung ihre Position auf den Weltmärkten bisher noch einigermaßen halten können und wieso die amerikanische Wirtschaft trotz zunehmender Kostenvorteile sich nicht besser hat behaupten können“, siehe Fels (1982) 21.
- (23) Vgl. Hickel (1992) 452.
- (24) Altvater (1991) weist auf die Gefahr eines „exkludenten Prozesses“ nachdrücklich hin.

Literatur

- Altwater, E., Ist das Wirtschaftswunder wiederholbar? Währungsreform 1948 und Währungsunion 1990, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6 (1991) 695–707.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 1991: Gegen Massenarbeitslosigkeit und Chaos – Aufbaupolitik in Ostdeutschland (Köln 1991).
- Bechtel, H., Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert (München 1963).
- Bischoff, J., „Inflation der Ansprüche“ als der Weg in den Morast?, in: Neues Deutschland 28. Juli 1991.
- DIW, Eine Modellrechnung zur wirtschaftlichen Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland, in: DIW-Wochenberichte 7 (1992) 80–81.
- Fels, G., Internationale Wettbewerbsfähigkeit. Japan, Vereinigte Staaten, Bundesrepublik – Fakten, Trends, Hypothesen, in: ZfbF 34 (1982) 8ff.
- Fisher, I., The Debt Deflation Theory of Great Depressions, in: *Econometrica* 1 (1933) 337–357.
- Herr, H., Weltgeld und die Instabilität der 70er und 80er Jahre, in: Riese, H.; Spahn, H. P. (Hrsg.), *Internationale Wirtschaft* (Regensburg 1989) 106–154.
- Hickel, R., Ökonomischer Umbau und gesellschaftliche Gestaltung Ostdeutschlands, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4 (1992) 444–452.
- IW, Gewinn für alle – Kurzfassung einer umfangreichen Studie des IW, Wirtschaftliche und soziale Perspektiven der deutschen Einheit – Gutachten für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Bonn (Köln 1990).
- Kauffmann, B.; Scheide, J., Die amerikanischen Defizite im Kreuzfeuer der Kritik (= Kieler Diskussionsbeiträge 150, Kiel 1989).
- Keynes, J. M., Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages (München 1920).
- Keynes, J. M., Revision des Friedensvertrages (München 1922).
- Lawrence, R. Z., *Can America Compete?* (Washington D. C. 1984).
- Spahn, H.-P., Das erste und das zweite deutsche Wirtschaftswunder, in: *Wirtschaftsdienst* 2 (1991) 73ff.
- SPIEGEL, Existenzgefahr für den Standort Bundesrepublik?, in: *Spiegel* 17 (1988) 118–132.
- SPIEGEL, „Der Exodus hat begonnen“, in: *Spiegel* 4 (1992) 89–101.
- Stolper, G., *Deutsche Wirtschaft 1870–1940* (1950), hier zitiert nach: Lütge, H., *Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* (Berlin 1960).
- Wehner, B., *Das Fiasko im Osten* (Marburg 1991).
- Wojnilower, A. M., The Central Role of Credit Crunches in Recent Financial History, in: *Brookings Papers on Economic Activity* 2 (1980) 277–326.
- Wünsche, H. F. Arbeitslos durch Marktwirtschaft: Wirkliche Gefahr oder Propaganda?, in: *Orientierungen* 44 (1990) 27–29.